

# Antrag Nr. 09-F-01-0030

## SPD

---

### Betreff:

Zahlungsverpflichtungen der Kommunen im Länderfinanzausgleich  
-Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.03.2009-

### Antragstext:

In der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene steht, dass das Land *„die aus den Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen enthaltenen Nettzahlungspflichten des Landes im Länderfinanzausgleich mit den einzelnen Kommunen spitz abrechnen“* will. Während die Stadt Frankfurt dagegen bereits protestiert hat, wollte der Wiesbadener Oberbürgermeister sich erst noch genauer über die Planungen des Landes informieren.

*In diesem Zusammenhang wird der Magistrat gebeten zu berichten,*

- ob er inzwischen abschätzen kann, welche Belastungen durch die Umsetzungen der Koalitionsvereinbarung auf die Landeshauptstadt zukommen würden?

- über welche Informationen er inzwischen hinsichtlich der Planungen der Landesregierung verfügt?

- ob er Kenntnis darüber hat, dass die Landesregierung an der Umsetzung der Vereinbarung festhält?

- ab wann die Kommunen bei einer Umsetzung der Vereinbarung zusätzliche Zahlungen zu erwarten hätten?

Wiesbaden, 11.03.2009